

Medienkonferenz der Gewerkschaft syndicom zur weiteren Privatisierung der Swisscom 04. Juli 2024

Speech von David Roth, Nationalrat (SP Luzern) und Leiter Vertragsentwicklung & Interessenspolitik bei syndicom

Sehr geehrte Damen und Herren

Von meiner Seite kurz drei Punkte zur Bedeutung der Swisscom für die Schweiz und den Bund.

1. Welchen Service-public-Auftrag erfüllt die Swisscom?
2. Welche Bedeutung hat die Swisscom für die Souveränität der Schweiz?
3. Was würde ein Swisscom-Verkauf finanzpolitisch bedeuten?

Zum Service-public-Auftrag der Swisscom

Ein funktionierender Service public ist das Rückgrat einer Gesellschaft – für die Menschen, aber auch für die Unternehmen. Das ist nichts Nostalgisches oder Romantisches, es geht nicht um den schönen Ausflug mit dem Postauto in ein Bergdorf oder einen handgeschriebenen Brief.

Der Service public dient in allererster Linie der wirtschaftlichen Tätigkeit der Menschen. Es geht um den sicheren Transport von Daten, um Arbeitnehmende, die zur Arbeit reisen, Logistikgüter, die per Bahn und Post zu den Kund:innen gelangen und vieles mehr.

In unserer digitalisierten Gesellschaft sind Telekommunikations- und Datendienstleistungen hier offensichtlich zentral. Dieser Markt ist allerdings liberalisiert, und deshalb muss der Bund den Grundversorgungsauftrag regelmässig ausschreiben. Als einzige Firma ist allein die Swisscom verpflichtet, sich auf diesen Auftrag zu bewerben. Da sich keine der anderen Gesellschaften bewirbt, erhält die Swisscom jedes Mal den zwangsweisen Zuschlag und erbringt die Telecom-Grundversorgung kostenlos.

Im Vergleich mit den Vorgaben in Gesetz und Verordnung wird rasch klar, dass die Swisscom einen Service public erbringt, der weit darüber hinausgeht. Und dies ist auch notwendig. Der Technologiefortschritt ist rasant und die Swisscom ist schneller unterwegs als die Gesetzgebung.

Das wichtigste Instrument zur Sicherung des Service public ist die Vorgabe, die der Bundesrat alle vier Jahre durch die strategischen Ziele verabschiedet. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die weniger formellen Einflussnahmen durch den Bundesrat oder durch parlamentarische Gremien. Denn aufgrund der Besitzverhältnisse ist die Swisscom gehalten, die Anforderungen der Politik auch ohne formelle Beschlüsse in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Unternehmen im Privatbesitz auf der anderen Seite könnten allein durch Gesetze und Verordnungen gesteuert werden. In der Folge wären zahlreiche der in den strategischen Zielen aufgeführten Anforderungen nur via Konzession zu erhalten – insbesondere Vorgaben zur Qualität oder zur regionalen Netzabdeckung. Die Politik würde also konsequent hinterherhinken, und der Staat müsste alles teuer abgelten.

Weil Konzessionäre Leistungen, die ihre Kosten nicht hereinholen, diese Kosten überwälzen können, führt dies entweder zu höheren Preisen für die Kund:innen oder löst eine Finanzierung durch den Bund aus.

Zur Rolle der Swisscom für die Souveränität der Schweiz

Die Basis einer starken Firma ist ein Aktionariat, das auf langfristige Interessen ausgerichtet ist. Eine Privatisierung würde nichts anderes bedeuten, als dass Shareholder-Value-Interessen in den Fokus rücken und die Swisscom mittelfristig in ausländische Hände gerät.

Anhänger:innen der Privatisierung führen immer wieder an, ein Verkauf würde der Firma «mehr Freiheit geben, um sich am Markt zu entwickeln». Aber die Freiheit von den Interessen des Mehrheitsaktionärs ist nicht dasselbe wie die Freiheit von Aktionärsinteressen überhaupt. Eine private Swisscom wäre schlicht nicht mehr der Schweizer Bevölkerung verpflichtet, sondern in erster Linie ausländischen Kapitalgebern.

Wir dürfen davon ausgehen, dass deren Interessen sich nicht mit den Interessen der Schweizer Bevölkerung überschneiden. Entsprechend geht die Schweiz das Risiko ein, dass sie die Versorgungssicherheit nicht mehr oder zumindest nicht mehr subventionsfrei gewährleisten kann. Neben diesen finanziellen Konsequenzen ginge die Schweiz aber auch geostrategische Risiken ein.

Die Swisscom ist die einzige der 10 grössten IT-Anbieterinnen in der Schweiz, die auch in Schweizer Besitz ist. Die Relevanz einer souveränen und sicheren Versorgung mit IT-Dienstleistungen kann in geopolitisch risikoreichen Zeiten gar nicht überschätzt werden. Daher ist eine Swisscom im mehrheitlichen Bundesbesitz auch eine Frage der Souveränität unseres Landes.

Zum Wert der Swisscom für die Bundesfinanzen

Könnte mit einem Swisscom-Verkauf das Problem der Schuldenbremse gelöst werden? Die Aussage zeugt von wenig finanzpolitischem Sachverstand. Die Schuldenbremse greift nicht deshalb, weil die Schulden der Schweiz zu hoch wären, sondern weil aufgrund bewusster Mittelverknappung die Einnahmen und Ausgaben auseinanderdriften. Ein Verkauf von Swisscom würde investiertes Vermögen zunächst zu Barvermögen machen. Dies bringt keine Verbesserung der Situation. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, dass damit bislang gut investiertes Vermögen nicht mehr so hohe Beträge abwirft und somit die Einnahmensituation weiter verschlechtert. Ein Verkauf könnte also nur für die Schuldenreduktion verwendet werden. Paradoxerweise hätte das sogar einen negativen Effekt auf die Schuldenbremse.

Bei 120 Milliarden Franken Schulden hat die Schweiz Ende 2022 937 Millionen Franken Schuldzinsen bezahlt, was einem durchschnittlichen Zinssatz von 0,78% entspricht. Ein Verkauf der Swisscom-Aktien zum aktuellen Kurswert würde einen Schuldenabbau von 14 Milliarden ermöglichen. Das könnte die Ausgaben für Schuldzinsen theoretisch um 109 Millionen senken. Dem steht aber eine regelmässige Dividende von einer halben Milliarde Franken gegenüber, die noch steigen dürfte. Diese zahlt die Swisscom jedes Jahr an den Bund und sie würde bei einer weiteren Privatisierung natürlich wegfallen. Solch ein Schuldenabbau ist also deutlich weniger attraktiv als die Beteiligung an der Swisscom, nämlich um ca. 400 Millionen Franken weniger attraktiv. Und das prognostizierte Defizit der Eidgenossenschaft für das Jahr 2025 würde sich verdoppeln.

Fazit: Swisscom-Verkauf ist schlecht in jeder Hinsicht

Schlecht für die Firma, schlecht für die Finanzen des Bundes und das Wichtigste: schlecht für die Unternehmen und Menschen in der Schweiz. Das Einzige, was die Privatisierung spricht, ist die ideologische Verböhrtheit der bürgerlichen Mehrheit. Wenn sie die Schweiz mit dieser überflüssigen Debatte beschäftigen wollen, bedauern wir das. Aber wir sind bereit, den Verkauf zu verhindern, und wissen die Bevölkerung auf unserer Seite, sollte es zu einem Referendum kommen.